

**14. Wahlperiode**

**Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Finanzausschusses**

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juni 2009  
– Drucksache 14/4701**

**Denkschrift 2009 zur Haushaltsrechnung 2007;  
hier: Beitrag Nr. 1 – Haushaltsrechnung des Landes für das  
Haushaltsjahr 2007**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juni 2009 zu Beitrag Nr. 1  
– Drucksache 14/4701 – Kenntnis zu nehmen.

15. 10. 2009

Die Berichterstatlerin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/4701 in seiner  
52. Sitzung am 15. Oktober 2009.

Die Berichterstatlerin führte aus, die Haushaltsrechnung 2007 schließe mit  
einem kassenmäßigen Überschuss von 715 Millionen €. Unter Berücksichtigung  
der in das Haushaltsjahr 2008 übertragenen Einnahme- und Ausgaberechte  
ergebe sich für 2007 ein rechnungsmäßiger Überschuss von 735 Millionen €  
gegenüber 1,2 Milliarden € im Vorjahr. Von dem kassenmäßigen Überschuss  
des Haushaltsjahres 2006 seien 81 Millionen € noch nicht im Landeshaushalt  
vereinnahmt.

Der Rechnungshof bestätige, dass

- die Haushaltsrechnung 2007 den Vorschriften der Landeshaushaltsordnung entspreche,
- die nachgewiesenen Einnahmen und Ausgaben mit den Rechnungslegungsbüchern übereinstimmen,
- keine Druck- und Darstellungsfehler festgestellt worden seien und
- die mit Einwilligung des Finanzministeriums geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben samt Vorgriffen in der Haushaltsrechnung im Einzelnen aufgeführt und begründet seien.

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben hätten sich auf 54 Millionen € belaufen.

Sie schlug folgende Beschlussempfehlung an das Plenum vor:

*Der Landtag wolle beschließen,*

*von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juni 2009 zu Beitrag Nummer 1, Drucksache 14/4701, Kenntnis zu nehmen.*

Ein Abgeordneter der Grünen erklärte, seine Fraktion teile in der Aufarbeitung die Darlegungen des Rechnungshofs. Allerdings halte sie den Beschlussvorschlag der Berichterstatterin für etwas „zahn“. So stehe immerhin ein Überschussanteil von mehr als 430 Millionen € in Rede, der noch nicht als Einnahme veranschlagt worden sei. Daher beantragten die Grünen, folgendem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

*Der Finanzausschuss missbilligt ausdrücklich dieses Verfahren und fordert für die Zukunft einen Haushaltsvollzug, der den Grundsätzen von Klarheit und Wahrheit genügt.*

Dieser Antrag wurde bei zwei Jastimmen mehrheitlich abgelehnt. Dem Beschlussvorschlag der Berichterstatterin hingegen stimmte der Ausschuss mehrheitlich zu.

11. 11. 2009

Ursula Lazarus